

Rosenschon, Astrid

Book Review — Digitized Version

[Book Review of] Müller, Klaus: Staatsausgaben und wirtschaftliche Entwicklung: eine Analyse des Zusammenhangs zwischen Staatsausgaben und wirtschaftlicher Entwicklung für unterschiedliche Entwicklungsstände, Frankfurt/M., Lang 1990

Weltwirtschaftliches Archiv

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Rosenschon, Astrid (1991) : [Book Review of] Müller, Klaus: Staatsausgaben und wirtschaftliche Entwicklung: eine Analyse des Zusammenhangs zwischen Staatsausgaben und wirtschaftlicher Entwicklung für unterschiedliche Entwicklungsstände, Frankfurt/M., Lang 1990, Weltwirtschaftliches Archiv, ISSN 0043-2636, Mohr, Tübingen, Vol. 127, Iss. 1, pp. 208-211

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/2165>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

gewidmet. Auf diesen beiden Teilen liegt das Schwergewicht des Lehrbuches. In einem kurzen vierten Teil werden einige nichtlineare Modelle zur Zeitreihenanalyse beschrieben. In jedem der insgesamt 16 Kapitel werden vor allem die theoretischen Vorstellungen dargestellt, praktische Beispiele für die Anwendung dieser Ideen vorgeführt, auf weiterführende Literatur hingewiesen sowie die verfügbare Software genannt und kommentiert. So wird der Leser angeregt, sich die Theorien der Zeitreihenanalyse anzueignen und dann ihn interessierende Zeitreihen unter Verwendung eines der dargestellten Modelle mit Hilfe der angegebenen Software selbst zu analysieren. Wie der Titel besagt, wendet sich T. C. Mills mit seinem Lehrbuch an Nationalökonominnen. Da deren theoretische Modelle nahezu ausschließlich in der Zeit- und nicht in der Frequenzdimension gedacht sind, konzentriert sich das Buch ganz auf Analysetechniken für die erstgenannte Dimension. Für die meisten praktischen Fragestellungen eines Nationalökonominnen dürfte dies keine gravierende Einschränkung sein.

Torsten Tewes

Müller, Klaus, Staatsausgaben und wirtschaftliche Entwicklung.
Eine Analyse des Zusammenhangs zwischen Staatsausgaben und wirtschaftlicher Entwicklung für unterschiedliche Entwicklungsstände. Frankfurt/M. 1990. Fritz Lang Verlag. IX, 246 S.

Die Wirkungen der Staatsausgaben auf die wirtschaftliche Entwicklung theoretisch wie empirisch umfassend zu analysieren ist das ambitionöse Untersuchungsziel, das sich Klaus Müller gesetzt hat. Er möchte „die für Grundsatzentscheidungen der Entwicklungsplanung erforderlichen Informationen“ (S. 4) aufdecken, zumal seiner Meinung nach auf diesem Gebiet weiße Flecken auf der wissenschaftlichen Landkarte bestünden. Mit Ausnahme von drei jüngeren Studien – dem Weltentwicklungsbericht 1988 der Weltbank, einer 1988 veröffentlichten Untersuchung von Dück und einer OECD-Studie von 1985 – sei der übrigen Literatur zu diesem Thema eher ein spezieller denn ein genereller Zuschnitt zu attestieren. Sie konzentrierte sich nur auf einzelne Länder und/oder berücksichtige nicht alle staatlichen Ausgabearten und/oder nicht alle Entwicklungsindikatoren.

Der Autor bezieht alle Arten der Staatsausgaben gemäß der Funktionalgliederung der amtlichen Statistik in seine Untersuchung ein. Im empirischen Teil wertet er Daten aus 95 Ländern aus. Um zu entwicklungsstandabhängigen Aussagen zu gelangen, teilt er die Länder gemäß der Klassifikation des Weltentwicklungsberichts in 4 Gruppen ein. Unter wirtschaftlicher Entwicklung versteht der Autor nicht nur Fortschritte beim Wachstumsziel, das er in das Allokationsziel und das Akkumulationsziel aufbricht; auch der Abbau der relativen Einkommenskonzentration und der absoluten Armut, die er mit einer Fülle sozialer Indikatoren zu erfassen versucht, betrachtet er als Unterziele der Entwicklungspolitik. Zudem werden die Ansatzpunkte staatlicher Ausgabenpolitik zur Steuerung der Bevölkerungsentwicklung aufgezeigt.

Sicherlich ist es legitim, das wissenschaftliche Augenmerk gezielt auf die Frage zu richten, wie der Staat durch die Ausgabenpolitik seiner Rolle bei der Förderung wirtschaftlicher Entwicklung bestmöglich gerecht werden kann. Allerdings wäre es angebracht gewesen, wenn der Autor die Grenzen einer Analyse, die den Finanzierungsaspekt ausklammert, nicht nur beiläufig erwähnt (S. 67 und S. 206), sondern auch problematisiert hätte. Denn auf die Frage nach dem Nettoertrag der Finanzpolitik vermag eine isolierte Ausgabenanalyse keine Antwort zu geben. Daß Staatsausgaben – für sich betrachtet – Nutzen stiften, ist unbestritten. Aber wie sind Staatsausgaben zu beurteilen, wenn die Opportunitätskosten höher sind als die direkten Nutzen? Der Autor geht auf diese ökonomisch relevante Frage nur insofern ein, als die Verwen-

dungsalternativen innerhalb der Staatswirtschaft aufgezeigt werden. Allerdings ist die ebenso bedeutsame Frage nach der optimalen Aufteilung der Ressourcen auf Staat und Markt für ihn kein Thema. Gleichsam axiomatisch wird eine „allokations-, akkumulations- und verteilungsneutrale Finanzierung der Staatsausgaben“ (S. 3) unterstellt. Eine solche Finanzierungsquelle, die im Hinblick auf alle drei genannten Ziele neutral ist und die keinerlei Entzugswirkungen hat, gibt es jedoch weder in der Realität noch in der ökonomischen Theorie.

Klaus Müller bekennt sich zu einer „liberal-interventionistisch gemischten Sichtweise“ (S. 7). Er räumt dem Staat ein breites Betätigungsfeld ein, das weit über die ökonomisch begründbare Staatsaktivität hinausgeht. Dabei beruft sich der Autor auf Adam Smith, dem er eine „interventionistische Basis“ nachsagt. Wenn sich der Autor der Mühe unterzogen hätte, das Buch 5 des Werkes „Der Wohlstand der Nationen“ zu lesen, so hätte er wohl kaum behaupten können, Smith habe für ein staatliches Bildungssystem plädiert. Vielmehr schreibt Smith: „Gäbe es keine öffentlichen Lehranstalten, so würden weder Methoden noch Wissenschaften gelehrt, für die keine ausreichende Nachfrage besteht oder die zu erlernen nach den jeweiligen Zeitumständen nicht notwendig, zweckdienlich oder zumindest zeitgemäß ist. Ein Privatlehrer könnte es sich weder leisten, überlebte und veraltete Theorien einer als zweckmäßig anerkannten Wissenschaft weiterzugeben, noch eine Wissenschaft zu lehren, die allgemein als eine nutzlose und pedantische Anhäufung von Sophismen und Unsinn gilt“ (S. 661).

Aufgrund der „liberal-interventionistisch gemischten Sichtweise“ wird der staatliche Kompetenzbereich nicht ausschließlich normativ anhand der ökonomischen Kriterien der liberalen Ordnungstheorie abgegrenzt. Zusätzlich akzeptiert der Autor auch rein politisch bzw. meritorisch motivierte Staatstätigkeiten. Das heißt: Er problematisiert nicht, ob die Verdrängung privater Anbieter durch öffentliche und die Verzerrung von Preisen der Wohlfahrt zu- oder abträglich sind und ob dort, wo der Staat als komplementärer Leistungsanbieter auftreten muß, rechtspolitische Instrumente wirkungsvoller sein können als Staatsausgaben. Die Fülle an wirtschaftspolitischen Handlungsalternativen zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung wird mithin bereits a priori durch die implizit getroffene Annahme eingengt, daß Staatsausgaben stets die überlegene Alternative sind. Der Verfasser unterstellt ferner einen wohlwollenden Staat, was angesichts der politischen Realität – insbesondere in Entwicklungsländern mit teils angemessenen Machtmonopolen und korrupter Bürokratie – eine höchst fragwürdige Prämisse ist.

Im theoretischen Teil der Studie skizziert der Autor die Grundlagen der Produktions- und Wachstumstheorie, um dadurch die Ansatzpunkte für die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung durch die staatliche Ausgabenpolitik herauszuarbeiten. Bei der Erörterung des Akkumulationsziels und der Bedingungen für die Maximierung der Wohlfahrt über die Zeit hinweg präsentiert Klaus Müller eine theoretische Innovation: Denn er stuft die „Standardvorgehensweise, nach der heutiger Konsumverzicht die zukünftigen Bedürfnisbefriedigungsmöglichkeiten erhöht und heutiger Konsum mit einer Einschränkung dieser Möglichkeiten gleichgesetzt wird, als nicht adäquat“ (S. 26) ein. Es ist seiner Meinung nach möglich, die Entwicklung des Produktionspotentials ohne zusätzlichen Konsumverzicht in der Gegenwart zu beschleunigen: nämlich durch eine Ausweitung des „produktiven Konsums“. Es ist eine große Herausforderung an die Phantasie des Lesers, sich eine reale Welt ohne Opportunitätskosten vorzustellen. So ganz scheint der Autor allerdings auch nicht von seinem „Schlaraffia-Axiom“ überzeugt zu sein. Denn auf S. 54 schreibt er: „Sofern höhere Erziehungsausgaben mit längeren Ausbildungszeiten einhergehen, sinkt kurzfristig das Arbeitsangebot“.

Es überrascht in diesem Kontext nicht, daß Klaus Müller – spiegelbildlich – die These vertritt, mehr Konsumverzicht in der Gegenwart bedeute nicht automatisch höhere Produktionsmöglichkeiten in der Zukunft, da auch unproduktive Investitionen

denkbar seien. Als Beispiel nennt er „eine Kathedrale in der Wüste“ (S. 68). Allerdings kann man sich als Initiator eines solchen Prestigeobjektes allenfalls den Staat vorstellen. Auch fragt sich der Leser: Wie paßt dieses Beispiel für unproduktive Prestigeausgaben des Staates mit der impliziten und expliziten Prämisse des effizienten und wohlwollenden Staates zusammen?

Wäre die Kritik des Autors an der „Gleichsetzung von Konsum mit „unproduktiv“ und Investitionen mit „produktiv““ (S. 26) nicht gegen die theoretische „Standardvorgehensweise“ von Krelle, Little und Malinvaud (Fußnote 84, S. 26) gerichtet gewesen, sondern gegen die ökonomisch fragwürdige Verbuchungssystematik für öffentliche Haushalte, so hätte man zustimmen können. Denn dort herrscht eine „primitive Mörte- und Steine-Philosophie“ (Recktenwald) vor: Es ist in der Tat ökonomisch fragwürdig, „Kathedralen in der Wüste“ als öffentliche Investitionen zu verbuchen und laufende Ausgaben für Ausbildung als Staatskonsum. Unbefriedigend ist sicherlich auch, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bestand und die Veränderung des volkswirtschaftlichen Humankapitals nicht erfaßt wird (bzw. werden kann). Doch richtet sich die Kritik des Autors nicht, wie es adäquat gewesen wäre, gegen das staatliche Rechnungswesen, sondern gegen angebliche Erkenntnislücken anerkannter Ökonomen.

Im Anschluß an die Darstellung theoretischer Grundlagen erörtert der Autor, wie staatliche Ausgaben für Verteidigung, Erziehung, Gesundheit, soziale Sicherheit, Wirtschaftsförderung und für Sonstiges jeweils die Determinanten der Produktionsfunktion beeinflussen und wie sie auf die distributiven Ziele „Abbau der relativen und der absoluten Armut“ wirken. Der Verfasser kommt zu dem erstaunlichen Ergebnis, daß eine forcierte Sozialpolitik – neben der Steigerung der Gesundheitsausgaben – das Wirtschaftswachstum am stärksten fördert (S. 59). Von zusätzlichen Sozialausgaben erhofft er sich nicht nur einen positiven Effekt auf die „personelle, soziale und materielle Infrastruktur“, wobei er es der Phantasie des Lesers überläßt, diese Vokabeln mit konkretem Inhalt aufzufüllen. Ferner erwartet er eine positive Wirkung auf den Bestand der Produktionsfaktoren Arbeit, Sachkapital und Humankapital. Bemerkenswert ist seine Empfehlung an Wirtschaftspolitiker unterentwickelter Länder: „Ist der Faktor Arbeit (im Sinne von „unskilled labour“, A.R.) in einem wenig entwickelten Land der relevante Engpaßfaktor, so empfiehlt sich eine Steigerung der Ausgaben für Soziale Sicherheit und Gesundheit“ (S. 59). Der Autor scheint die Faktorproportionen in Abhängigkeit vom Stand der wirtschaftlichen Entwicklung auf den Kopf zu stellen.

Welcher geistigen Akrobatik bedarf es, um eine Harmonie zwischen den Zielen der Effizienz und der Umverteilung vom Schreibtisch aus erfinden zu können? Zu den logischen „fundamentals“ zählt zweifelsohne ein Weltbild, in dem Anreizaspekte keine Bedeutung haben. Und das akkumulationstheoretische Argument, Umverteilung von oben nach unten könne einen Rückgang der volkswirtschaftlichen Sparquote und somit der Investitionstätigkeit zur Folge haben (S. 40), sofern die individuelle Sparquote mit dem Einkommen steige, versucht er durch das Konstrukt des „produktiven Konsums“ zu entkräften: „Ist der positive „C prod-Effekt“ (gegenüber dem negativen Sparquoten-effekt, A.R.) dominant, kann nicht von einem Zielkonflikt zwischen dem Akkumulationsziel und dem Ziel „Abbau der relativen Armut“ gesprochen werden“ (S. 40). Der von den Ökonomen immer behauptete Zielkonflikt zwischen dem Wachstums- und dem Verteilungsziel bestünde nicht, „sofern produktiver Konsum sowohl die Humankapitalbildung als auch das Verteilungsziel positiv beeinflußt und der Anteil des produktiven Konsums an der gesamten Einkommensverwendung in „ärmeren“ Bevölkerungsgruppen größer als in „reicheren“ Gruppen ist“ (S. 41). Was will der Autor damit sagen? Daß untere Einkommensschichten einen höheren Anteil ihres Budgets für Humankapitalbildung ausgeben? Falls ja: was spricht dafür, daß diese Annahme realistisch ist? Außerdem fragt sich der Leser, wie dieser Interpretationsversuch logisch mit dem Credo

des Verfassers harmoniert, wonach für die Humankapitalbildung der Staat zuständig sei.

Im empirischen Teil (S. 69–S. 228) steckt eine Menge an Fleiß. Auch kann man dem Autor Routine im Umgang mit statistischen Methoden und dem Computer bescheinigen. Allerdings: Ein wohlwollender und an Fortschrittskriterien orientierter Wirtschaftspolitiker eines unterentwickelten Landes sucht vergeblich nach einem Leitfaden, um die Entwicklung seines Landes vorantreiben zu können. Angesichts der Fülle an Korrelationskoeffizienten, die der Autor vor dem Leser ausbreitet, ohne die wichtigsten Ergebnisse in sinnvoll geordneter Form herauszufiltern, kann der Leser nur statistische Bäume, aber keinen ökonomischen Wald erkennen.

Astrid Rosenschon

Saunders, Christopher T. (Ed.), *Industrial Policies and Structural Change*. Basingstoke, Vienna 1987. The MacMillan Press Ltd. in association with The Vienna Institute for Comparative Economic Studies. XII, 369 pp.

Much has been said and written on what should be the role of government in the economic process. The issue has not been resolved, however. Far from it; the discussion seems to be heating up as evidenced by the publication of this and other more recent books.¹

The search for more effective policies to promote the right kind of structural adaptation justified The Vienna Institute for Comparative Economic Studies in organizing in 1985 the ninth workshop in the prestigious series of East-West European Economic Interaction. The book under review is a collection of contributions to the workshop by some 40 experts from both East and West. A wide spectrum of experience and opinion is represented: from planners seeking improvements in systems of economic management to sceptics of the efficacy of many forms of government intervention in the economy. An equally wide spectrum of topics has been dealt with: from agriculture via industry to services. The term of industrial policy – according to a widely accepted practice – refers here mainly to a policy affecting the structure of the whole economy, with picking likely “winners” and “losers” as the extreme form of it. If there is any leitmotiv to this collection, it probably is a governmental action to influence structural change and national competitiveness by the selective promotion of particular sectors or branches of the economy – by subsidies or tax arrangements, by financial aid to investment or research and development, or by regulation of foreign trade.

The book is divided into four Parts, according to the main topics discussed. Part I reviews in broad terms the development of industrial policies in East and West. The main concern of Part II is the promotion and use of science and technology as part of an industrial policy. Part III is devoted to the closer examination of industrial policies in countries such as Austria, France, Italy, Yugoslavia, Poland and Hungary. Part IV analyzes a different nature of the problems facing structural policies for agriculture in East and West.

Industrial policies carry all the risks of commitment to an always uncertain future. Two main responses to these risks have crystallized in contributions to the book. One response is that government aid should be less concentrated on the glamorous “high tech”; modernization is needed throughout the whole range of activities in economies

¹ For the latest major contributions see Ostry, Sylvia, *Governments and Corporations in a Shrinking World: The Search for Stability*. New York 1990; and Porter, Michael, *The Competitive Advantage of Nations*. New York 1990.